

Hintergrund & Debatte



Nicholas Lemann Der New Yorker Starjournalist kommt nach Zürich. Von Edgar Schuler

Ein Mann der Veränderung

Wer ihn gelesen hat und dann auf ihn persönlich trifft, staunt. Der Gegensatz zwischen Nicholas Lemanns publizistischem Auftritt und seiner persönlichen Ausstrahlung ist faszinierend. Morgen Dienstag tritt Lemann am «Tages-Anzeiger»-Forum im Zürcher Schiffbau vor 300 geladenen Gästen auf.

Sein journalistischer Palmarès beeindruckt. Als langjähriger Mitarbeiter des einflussreichen US-Magazins «The New Yorker» beschreibt und kommentiert er die Grossen und Mächtigen: Hillary Clinton, Dick Cheney und die Bush-Familie, Dilma Rousseff. Zuweilen tut er das in furchteinflössender Ausführlichkeit. Sein Porträt der amerikanischen Chef-Notenbankerin Janet Yellen umfasst 16 eng beschriebene Seiten. Das hat Gewicht, in jeder Hinsicht.

An ihm selber fällt auf, wie wenig er auffällt. Die unvermeidliche Krawatte ist etwas unordentlich geknöpft, die Frisur über der hohen Stirn ist pflegeleicht, das Auftreten ist bescheiden. Und dann die Stimme: Sie ist leise, suchend und überrascht mit der hohen Tonlage. In einem Woody-Allen-Film könnte er als leicht zur Schusseligkeit neigender Upper-West-Side-Intellektueller auftreten. Es sind genau diese Äusserlichkeiten, die Politiker und Wirtschaftsleute zu ihm Vertrauen fassen lassen - was wiederum seine Porträts so erhellend und lesenswert macht.

Aufgewachsen ist Lemann im tiefen Süden, weit abseits des linksliberalen Ostküstenmilieus. 1955 in New Orleans in eine Bücher liebende jüdische Familie geboren, fand er mit 17 Jahren zum Journalismus. Die Lokalzeitung zahlte kaum Honorare, stellte ihrem jungen Mitarbeiter aber eine Bedingung: Lemann musste das Blatt austragen helfen. Ein glänzender Studienabschluss in Harvard öffnete die Türen zu bedeutenden Blättern wie der «Washington Post» und in höchste politische Zirkel. Für den «New Yorker» schrieb er ab 1999 aus der Hauptstadt.

2003 kam die Zäsur: Die Columbia-Universität holte ihn, um ihre renommierte, aber angejahrte Journalistenschule ins digitale Heute zu führen. Lemann krepelte die Studiengänge um. Die angehenden Reporter mussten plötzlich nicht allein an ihren Sätzen feilen, sondern auch an Computeralgorithmen und Datenbankabfragen.

In Zürich wird er zu einem Thema sprechen, das ihn umtreibt, seit er vor vier Jahren den damaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney als «Transformation Man» beschrieb: der nachlassende Einfluss von fixen Institutionen und die zunehmende Bedeutung des stetigen Wandels - verkörpert im Werdegang Romneys. Er blieb im Gegensatz zu seinem Vater nicht lebenslang Manager in ein und derselben Firma, sondern jonglierte mit vielen Unternehmen, um sie im immer temporeicheren wirtschaftlichen Veränderungsprozess fit zu halten. Eigentlich beschreibt Lemann so auch seine eigene Branche ganz gut.

Gastbeitrag Das Christentum ermöglicht den Menschen ein freies Gedeihen. Von Martin Grichting*

Die Aufklärung ist nicht vom Himmel gefallen

Hunderte von Muslimen, die in Köln und anderswo an Silvester über Frauen hergefallen sind; der sogenannte Islamische Staat, der Mohammed wörtlich nimmt und Ungläubige versklavt oder tötet; Ausläufer dieser Koranauslegung in Frankreich, wo Redaktionsmitglieder der Zeitschrift «Charlie Hebdo» und Konzertbesucher zu den Opfern gehörten: Was diese Ausbrüche pervertierter Religion für Christen und Anhänger anderer Religionen bedeuten, ist derzeit unklar.

Eine Lesart ist diejenige von «Charlie Hebdo». Zum Jahrestag des Anschlags auf die Redaktion hat das Magazin den (dreifaltigen) Gott auf das Titelblatt gehievt. Er ist blutverschmiert und trägt eine Kalaschnikow. Auch wenn viele das geschmacklos finden, ist doch die Überzeugung verbreitet, alle Religionen seien verbrecherisch. Am besten würde man sie liquidieren. Seit der Aufklärung brauche man keine Religion mehr, egal welche. Es ist deshalb gut möglich, dass auch Christen und Gläubige anderer Religionen Schaden nehmen durch die Gräueltaten, die im Namen des Islam vollbracht werden.

Eine andere Lesart ist die christliche: Es ginge darum, zu verstehen, dass sich eine freie, die Menschenrechte achtende Gesellschaft nur dort entwickeln konnte, wo das Christentum den Boden bereitet hat. Denn es war Jesus Christus, der - anders als Mohammed - Gewaltlosigkeit sowie Feindesliebe predigte und keine Gewalt anwandte. Deshalb können sich Christen, die religiös motivierte Gewalt anwenden, nicht auf Jesus Christus berufen. Im Gegensatz dazu können muslimische Gewalttäter Mohammed als Vorbild anführen.

«Dem Kaiser, was dem Kaiser gehört»

Es gibt noch einen weiteren Unterschied. Christus hat gesagt: «Gebt Gott, was Gott gehört, und dem Kaiser, was dem Kaiser gehört.» Ein Staat, der säkular ist, also nicht religiöse Lehren zum für alle geltenden Gesetz erhebt, ist deshalb vom christlichen Glauben her möglich. Im Islam aber ist die Religion alles: Glaube und Gesetz für die staatliche sowie soziale Ordnung.

Man wird sehen, welcher Lesart die westlichen Gesellschaften folgen werden: ob die Angriffe auf die freie Gesellschaft zu noch mehr Religionsfeindlichkeit führen. Oder ob es zu einer Rückbesinnung auf den christlichen Glauben als den Nährboden der freien Gesellschaft kommt. Für Letzteres werden sich zweifellos Christen einsetzen. Diese Frage muss aber auch in der Zivilgesellschaft geklärt werden.

Es ist an der Zeit, dass eine weit verbreitete Vulgär-Historiografie überwunden wird, die das Goldene Zeitalter erst mit der Aufklärung



Ein Nebeneinander von Christen und Muslimen ist für aufgeklärte Christen kein Widerspruch. Foto: Reuters

beginnen lässt. Die Aufklärung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern an den mittelalterlichen Universitäten vorbereitet worden. Mit den Instrumenten aristotelischer Philosophie wurde dort die jüdisch-christliche Lehre in ihrer Relevanz für die Würde jedes Menschen bedacht und zusehends erkannt. Dies zu verleugnen, behindert die immer noch ausstehende Versöhnung von Aufklärung und Christentum.

Individuelle Freiräume

Die Faszination einer religiösen Lehre, wie sie der Islam für manche entchristlichte Europäer darstellt, oder etwa das allzu häufige Scheitern in Sucht und Depression zeigen, dass die von der Aufklärung errungenen Freiheiten allein nicht genügen. Sie sind «Freiheiten von»: von Unter-

drückung und Bevormundung. So schaffen sie einen Freiraum für individuelle Entfaltung und Unternehmertegeist.

Der Mensch, der über seine Bestimmung nachzudenken vermag, benötigt aber auch «Freiheiten für»: Aussagen dazu, wofür er frei ist. Das sagt ihm die Religion. Weil diese Religion im Falle des Christentums mit der Aufklärung kompatibel ist, kann es mit dieser in einer Symbiose leben: Das Christentum ist die Wurzel der Aufklärung. Und diese ermöglicht ihm ein freies Gedeihen. Als aufgeklärter Christ kann man sich nur wünschen, dass die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Islam ein Katalysator ist, um dies besser verstehen zu können.

*Martin Grichting ist Generalvikar des Bistums Chur.

Grossbritannien Dass der Kreml einen Mord in London verüben liess, soll die Beziehungen der Briten zu Russland nicht belasten. Von Peter Nonnenmacher, London

Der klare Blick und das kalte Herz

Die Briten finden sich in einem argen Dilemma. Ein von der Regierung beauftragter Richter hat eine Giftspur von der Themse bis in den Kreml hinein verfolgt - mit grosser Akribie. In seinem Untersuchungsbericht ist Sir Robert Owen zu dem Schluss gekommen, dass Russlands Präsident Wladimir Putin «mit aller Wahrscheinlichkeit» die Ermordung des Kreml-Kritikers Alexander Litwinenko anordnete. Oder dass er zumindest informiert war über die Operation seiner Agenten in London im Jahr 2006.

Wie aber reagiert eine Regierung, der das, was sie lange selbst vermutete, plötzlich schwarz auf weiss serviert wird von der eigenen Justiz? In der Londoner Boulevardpresse wird jetzt nach «scharfen Massnahmen» gerufen. Man könne nicht zulassen, heisst es, dass der russische Staat im Herzen Londons einen britischen Bürger ermorde.

Das findet auch die Regierung Cameron «krass und inakzeptabel». Sie hat den russischen Botschafter einberufen, um zu protestieren, und behält sich weitere, «härtere Reaktionen» vor. Allerdings, meint der Regierungschef, dürfe man deswegen auf keinen Fall die britischen Kontakte zu Russland gefährden - denn man brauche die Russen ja auch für eine Syrien-Lösung. Das müsse man «mit klarem Blick und sehr kaltem Herzen» sehen.

Die Bedeutung guter Beziehungen zu Moskau wird in Downing Street mit Verweis auf den jüngsten Iran-Deal oder auf Frieden für die Ukraine herausgestrichen. Regierungskritiker überzeugt das kaum. Sie finden, London «überschätze» sich masslos, wenn es durch eine etwas deutlichere Sprache im Fall Litwinenko gleich die internationale Diplomatie gefährdet sehe.

Wahr ist, dass allein in den zehn Jahren seit Litwinenkos Ermordung die Beziehungen zwischen London und Moskau ein chaotisches Auf und Ab

«Cameron findet es schwer, den mildereren Ton aufzugeben.»



Peter Nonnenmacher
Korrespondent London

erlebten. 2007 verwies die damalige Labour-Regierung russische Diplomaten des Landes und verhängte scharfe Sanktionen. 2010, nach dem Credit Crash, mühte sich Tory-Premier Cameron um ein besseres Verhältnis, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Damals suchte London eine Wiederaufnahme des Litwinenko-Verfahrens zu verhindern.

Erst ein Gerichtsentscheid gegen die Regierung und der Schock der Ukraine-Krise brachten eine erneute Wende. Plötzlich fand David Cameron von allen europäischen Regierungschefs die schärfsten Worte der Verurteilung. Als dann später aber in Minsk verhandelt wurde, Moskau sich in Bezug auf den Iran als hilfreich erwies und Syrien ins Bild rückte, änderte sich der Tonfall wieder. Diesen mildereren Ton aufzugeben, findet Cameron jetzt schwer.

Dabei sind, wie die britische Opposition immer wieder betont, Sanktionen gegen Russland weder die einzige noch die beste Option. Eine ganze Reihe bislang unangetasteter Besitzungen und Bankkonten Putin-freundlicher Oligarchen in «Londongrad» bietet sich noch immer an für eine «Reaktion». Da legt allerdings gern die britische Schatzkanzlei ihr Veto ein, die still ihre Hand hält über lukrative Geldgeschäfte. Der staatliche Protest stösst so an die unterschiedlichsten Grenzen.